



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/154

Hannover, 20. Dezember 1948

Staat und Wirtschaft in USA

Von Friedrich Stampfer

Vor einigen Jahren, als Roosevelt noch lebte und Präsident war, wurde ein deutscher sozialdemokratischer Emigrant in Washington über den Mund eines Freundes vernommen, der um die Erlaubnis zur Einwanderung nachgesucht hatte. Es entspann sich folgendes Gespräch:

Der Beamte: "Wie steht Herr C. politisch? Ist er nicht ein Kommunist?"

Der Zeuge: "Nein, er ist kein Kommunist; er ist ein Sozialdemokrat."

Der Beamte: "Was ist denn der Unterschied zwischen einem Sozialdemokraten und einem Kommunisten? Ist das nicht dasselbe?"

Der Zeuge: versucht, den Unterschied zu erklären....

Der Beamte (ungeduldig unterbrechend): "Eun sagen Sie, wenn Herr C. hier im Lande wäre, für welche Politik würde er hier eintreten?"

Der Zeuge: "Als Sozialdemokrat würde er gewiss für den New Deal sein."

Der Beamte (schlägt mit der Hand auf den Tisch): "Und da sagen Sie noch, dass Herr C. kein Kommunist ist?"

So wie jener Beamte dachten damals viele. Der Unterschied zwischen demokratischem Sozialismus und Kommunismus war ihnen nicht geläufig, aber daran, dass der New Deal des Präsidenten Roosevelt etwas Sozialistisches oder gar Kommunistisches sei, zweifelten sie keinen Augenblick. Mit der Kamengabung mögen sie geirrt haben, in der Sache aber hatten sie gar nicht so unrecht. Als konservative Amerikaner fühlten sie, dass mit der New Deal-Revolution eine gepriesene Periode der amerikanischen Geschichte ihren unwiderruflichen Abschluss gefunden hatte: die Periode der "freien" Wirtschaft.

Der Europäer, der die Zustände auf beiden Seiten des Ozeans vergleicht, wird die amerikanische Wirtschaft mit ihren privatkapitalistisch betriebenen Eisenbahnen, Telegrafen und Telefonen noch immer "frei" finden. Die Amerikaner aber beginnen zu bemerken, dass sie mit ihren Preisliedern auf die "freie" Wirtschaft etwas besingen, was gar nicht mehr existiert.

Am klarsten finden wir diese Erkenntnis in einem Aufsatz von Nathan Robertson in Harver's Magazine vom November ausgesprochen. "Das alte System des freien Unternehmens", sagt er, "lebt nur noch in unserer sehnsuchtsvollen Einbildung, und wir haben zu seiner Verteidigung mehr als genug Energie aufgewendet. Wenn wir Herren unseres wirtschaftlichen Schicksals bleiben wollen, müssen wir die Anerkennung dieser Tatsache an den Anfang setzen."

Wie aber soll man das neue Wirtschaftssystem Amerikas, das durch den New Deal geschaffen wurde, nennen? Robertson meint, diese Frage sei bisher nur deshalb nicht aufgeworfen worden, weil die meisten Amerikaner sich des eingetretenen Umschwungs noch gar nicht recht bewusst geworden sind. Er schlägt vor, man solle in Zukunft nicht mehr von einem "System der wirtschaftlichen Freiheit", sondern von einem "System der wirtschaftlichen Sicherheit" Und wer gibt diese wirtschaftliche Sicherheit? Der Staat!

In der alten Zeit, die man die gute nennt, hatte der amerikanische Staat die Wirtschaft im grossen ganzen sich selbst überlassen. Bei Wirtschaftskrisen einzugreifen, war nicht seine Sache; sie dauerten eben solange, bis sich Angebot und Nachfrage "ausgependelt" hatten. Dass Hunderttausende dabei zugrunde gingen, nahm man als Unvermeidliches hin. Das änderte sich jedoch 1932. Franklin D. Roosevelt, der neue Präsident, mobilisierte alle Kräfte des Staates und griff mit unerhörter Energie ein, um der Krise Herr zu werden. Es gab Missgriffe und Fehlschläge, schliesslich aber wurde die neue Wirtschaftspolitik des New Deal ein grosser, von der Mehrheit des Volkes anerkannter Erfolg. Die Republikaner nannten sie revolutionär, sozialistisch, feschistisch und kommunistisch, der Oberste Gerichtshof erklärte sie für verfassungswidrig, aber sie setzte sich gegen alle Widerstände durch. Das amerikanische Volk bestätigte sie viermal: dreimal durch die Wiederwahl Roosevelts und zum vierten Male durch die Wahl Harry S. Trumans, der den Kampf um die Präsidentschaft im Zeichen von New Deal geführt hatte.

Heute lebt, nach Robertsons Schätzung ein Sechstel aller Erwachsenen in Amerika von Geldern, die direkt aus der Bundeskasse kommen, und jährlich pumpt die Regierung vierzig Milliarden Dollars in Form von Aufträgen, Unterstützungen usw. in die Wirtschaft. Rechnet man die entsprechenden Ausgaben der Staaten und Gemeinden hinzu, so kommt man auf einen Betrag von fünfzig Milliarden. Die Zahlen zeigen, dass der Einfluss der Zentralregierung auf die Wirtschaft unvergleichlich grösser sein muss, als jener der Einzelstaaten.

Die Entwicklung Amerikas geht von der "freien" zur staatlich gesicherten und gelenkten Wirtschaft und vom Föderalismus zum Zentralismus. Es gibt aber viele Amerikaner, denen es so geht wie dem Riesen von Winkle, der in den Catskills den ganzen Befreiungskrieg verschlafen hat. Sie wollen andere Völker mit einem Mass von "freier" Wirtschaft und von Föderalismus beglücken, das in ihrem eigenen Vaterland gar nicht mehr vorhanden ist.

Die Entscheidung des Nordens

Von unserem skandinavischen K.K.-Mitarbeiter

Die lebhafteste Diskussion in den nordischen Ländern über deren Stellung zwischen Ost und West ist die Begleitmusik zu den Beratungen der militärischen Fachleute aus Schweden, Norwegen und Dänemark, die den Versuch unternehmen, ein militärisches Zusammenwirken der drei Länder zu erreichen. Diese Diskussion hat in den letzten Tagen einen neuen Höhepunkt erreicht.

Die offizielle schwedische Außenpolitik erklärt, dass die drei nordischen Länder bei entschlossener gemeinsamer Militärpolitik in einem neuen Kriege strategisch ziemlich uninteressant seien und dass weder der Osten noch der Westen eine bewaffnete Neutralität verletzen würden angesichts der Opfer, die ein Angriff erforderte und der geringen Vorteile, die mit diesen Opfern erkauft werden könnten. Diese Ansicht wird von den Völkern der drei nordischen Länder nicht geteilt. Eine in den drei Ländern durchgeführte Gallup-Untersuchung hat folgendes ergeben: auf die Frage, ob die nordischen Länder die Möglichkeit hätten, ausserhalb eines neuen Krieges zu bleiben, antworteten mit "Nein" oder "Unwahrscheinlich": in Norwegen 73 Prozent der Befragten, in Dänemark 72 und in Schweden 64 Prozent.

Im Gegensatz zu Schweden überwiegt in Norwegen und Dänemark die Bereitschaft, im Westen Schutz zu suchen. Die schwedische Argumentation hat in den letzten Tagen eine Stütze gefunden in der Erklärung des finnischen Ministerpräsidenten, der u. a. sagte: "Wenn der übrige Norden sich in einer Blockbildung engagiert, von der man annehmen kann, dass sie auf irgendeine Art gegen die Sowjetunion gerichtet ist, so ist es klar, dass damit Finnlands Interessen infolge der geographischen Lage des Landes und seiner Vertragsverhältnisse intim berührt würden; ein solcher Schritt würde auf unsere Möglichkeiten einwirken, an der kulturellen und ökonomischen Zusammenarbeit mit den übrigen nordischen Ländern teilzunehmen."

Dagegen hat das Organ der norwegischen Arbeiterpartei, "Arbeiderbladet", in einer Polemik mit der sozialdemokratischen Presse Schwedens folgendes geschrieben: "Wir wollen selbstverständlich die Auffassung verstehen, die nun in der schwedischen Presse zum Ausdruck kommt, Schweden hat nicht die Erfahrungen gesammelt wie wir. Wohin wird die Neutralität und Isolierung führen? Wenn die kleinen Länder fordern, neutral bleiben zu dürfen, haben wohl auch die grossen das gleiche Recht? Wenn nun Grossbritannien sagen würde, dass es nicht mehr an der kontinentalen Politik interessiert sei - was dann? Oder wenn USA deklarierte, dass sich das zersplitterte Europa nun allein um seine Angelegenheiten kümmern sollte? --- Sollten nicht alle, die auf dem Boden der Volksregierung und der Zusammenarbeit stehen, an der positiven und solidarischen Arbeit teilnehmen, die den Frieden unterbauen und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen im Rahmen der Weltorganisation schützen soll?... Nur durch verpflichtende Zusammenarbeit und nicht durch

Isolierung können wir zu gesicherten und geordneten Verhältnissen gelangen."

Die skandinavische Aussen- und Militärpolitik ist voller Werra und Aber - eine natürliche Folge der Brückenstellung zwischen Ost und West. Eine klare Entscheidung des Nordens kann nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die Befürchtung, dass diese Entscheidung in einem offenen Zutreten der tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten und also in einer gesonderten Aussen- und Militärpolitik der drei nordischen Länder bestehen kann, ist leider nicht von der Hand zu weisen. (b/A/1612/2/he)

Warum es in der Ostzone keine Betriebsräte mehr gibt

sp. Die Liquidierung der Betriebsräte in der Ostzone ist von einem Mann vorangetrieben worden, der damit nicht zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine unrühmliche Rolle gespielt hat. Es ist Paul Merker, von 1929/30 Leiter der Gewerkschaftsabteilung der KPD-Zentrale. Er hat damals einen Keil in die Gewerkschaftsarbeit getrieben, indem er durchsetzte, dass die Kommunisten nicht mehr auf den freigewerkschaftlichen Betriebsräte listen kandidieren. Von damals bis zur endgültigen Abschaffung der Betriebsräte - die im übrigen einen offenen Bruch des Kontrollratsgesetzes Nr. 22 darstellt - führt eine gerade Linie, an deren Endpunkt Merkers Artikel im "Neuen Deutschland" steht und der in dem Satz gipfelt: "Die Betriebsräte sind in unserer sowjetischen Besatzungszone überlebt." Das war die propagandistische Vorbereitung der Zonenkonferenz des FDGB, die wenige Tage darauf - am 25. und 26. November - in Bitterfeld stattfand und auf der Ernst Lemmer, der "Kampfgefährte" Jakob Kaisers, der bolschewistischen Zerschlagung der Betriebsräte das "volksdemokratische" Dekorum gab.

Die Begründung, die man in Bitterfeld für die Abschaffung der Betriebsräte fand, ist ein Gemisch von Verlegenheit und Unlogik. Es ist auch nicht leicht, einen Umschwung zu decken, der im wesentlichen wohl auf einen Wunsch, besser gesagt, Befehl, der Besatzungsmacht zurückging. Die wirklichen Gründe sind in der offiziellen Begründung nicht enthalten. Es ist zunächst der Wunsch, das öffentliche Leben in der Ostzone um einen weiteren Schritt mit dem Leben in der Sowjetunion gleichzuschalten. Denn die russischen "Arbeiterräte", mit deren Hilfe die Bolschewiki 1917 an die Macht gekommen sind, gehören seit Jahrzehnten der Vergangenheit an und so mancher SMA-Offizier mag in der Ostzone mit Verwunderung, vielleicht auch mit Bewunderung, auf die deutschen Betriebsräte geblickt haben.

Eine weitere Triebfeder zu den Beschlüssen von Bitterfeld war die Absicht, den letzten Rest von Möglichkeiten einer demokratischen Willensäußerung zu ersticken. Der Einfluss der Betriebsräte in einer von den Russen dekretierten und von der SED als Durchführungsorgan der SMA praktizierten Ordnung war zweifelsohne nicht sehr groß, insofern spricht die Bitterfelder Begründung mit Recht davon, dass die Betriebsräte überflüssig geworden sind. Die Wahl parteiloser, unabhängiger oder gar vom "Schumacher-Geist angesteckter" Betriebsräte war aber eine der wenigen und mutvoll oft genutzter Möglichkeiten zu einem stummen Protest der vergewaltigten Arbeiterschaft. Weder SMA, noch SED konnten auf die Dauer tatenlos zusehen. Daher gibt es heute in der Ostzone keine Betriebsräte mehr.

Amtsmissbrauch

sp. Konrad Adenauer hat nie das Vertrauen der SPD und Übrigen auch nicht das weiter anderer politischer Kreise besessen, nicht als Politiker und nicht als Persönlichkeit. Zu ihm als Präsidenten des Parlamentarischen Rates hat, zumindest bei der SPD, ein ausgesprochen kühles Verhältnis bestanden. Durch die Vorgänge in der zweiten Hälfte der vergangenen Woche ist daraus offenes Mißtrauen und schärfte Ablehnung geworden.

Die erwähnten Vorgänge sind so ungewöhnlich, dass sie kurz rekapituliert werden sollen, zumal sie inzwischen von interessierter Seite bereits wieder entstellt worden sind.

Auf Grund Adenauer'scher Hinweise mussten die Fraktionen des Parlamentarischen Rates annehmen, die Gouverneure wünschten eine Unterredung mit einer Abordnung des Rates. Im Ältestenrat musste man zu der Ansicht kommen, dass das Besatzungsstatut Gegenstand dieses Gesprächs sein sollte, auch wenn man damit rechnete, dass die Alliierten von sich aus Fragen des Grundgesetzes anschneiden könnten. Man hielt es aber für unzweckmässig, das von selbst zu tun, um diese Fragen nicht freiwillig sozusagen aus der deutschen Kompetenz zu entlassen. Erst nach der ersten Besprechung am Donnerstag hat sich herausgestellt, dass ihr Initiator Adenauer war. Er hat von sich aus und im klaren Widerspruch zum geplanten Vorgehen drei sehr konkrete Fragen zum Grundgesetz gestellt, ohne sie auch nur thematisch mit irgendeinem Gremium des Rates abzustimmen. In Frankfurt ist Adenauer dann im Kreise der Delegationsmitglieder zehn Minuten vor Beginn des Empfanges erschienen: Er entschuldigte sich mit einer Autopanne. Von den genau ausgearbeiteten Fragen sagte er auch in diesem Augenblick nichts. Selbst wenn Herr Adenauer einige Stunden vorher gekommen wäre, dann hätte eine so zusammengepfuschte Besprechung nicht eine solide, ehrliche und gemeinschaftsbildende Arbeit zur Fixierung eines deutschen Standpunktes ersetzen können.

Die Themen der Fragen waren rein subjektiv gestellt und parteipolitisch bedingt. Adenauer nahm für sich das Recht in Anspruch, eine höchst persönliche Ansicht als Präsident des Parlamentarischen Rates auszusprechen und damit andere auf seinen Standpunkt festzulegen, ohne vorher mit ihnen gesprochen zu haben.

Das Motiv ist nicht zu übersehen: Adenauer hat durch entsprechend formulierte Fragen die Hilfe der Alliierten gerade für seine Partei in Punkten in Anspruch nehmen wollen, in denen die CDU/CSU im Bonner Hauptausschuss unterlegen war - in der Zusammensetzung der Länderkammer und in der Frage der Finanzhoheit. Zu den Entscheidungen des Parlamentarischen Rates in diesen Fragen wären die Alliierten nach Fertigstellung der gesetzgeberischen Arbeit berufen gewesen, Stellung zu nehmen. Ihre Inanspruchnahme in dieser Frage zu diesem Zeitpunkt widersprach elementarstem deutschen Interesse.

Man spricht in der Öffentlichkeit oft davon, dass die Parteien schlechthin in ihrem angeblichen Egoismus die gemeinsame Sache ausser acht liessen. Hier wurde der Nachweis geführt, dass gerade die

CDU es ist, die die deutschen Interessen und das deutsche Ansehen gegenüber dem eigenen politischen Bedürfnis hintenstellt. Es ist ein äusserst billiger Trick, wenn Dr. Adenauer, der sich in ganz offenkundiger Weise gegen das allgemeindeutsche Interesse vergangen hat, die Feststellung dieser Tatsache nun seinerseits eine "Sünde gegen das gesunde deutsche Nationalempfinden" nennt. Es mag für Adenauer weinlich genug sein, dass er wenige Stunden nach diesem Ausspruch eine mehr als deutliche Unterstützung durch einen amerikanischen Sprecher fand. Es fällt schwer, in diesem Zusammenhang an einen Zufall zu glauben.

In Kreisen der Sozialdemokratie ist man über diesen Verlauf der Dinge nicht erstaunt. Man hat Dr. Adenauer nie die Fähigkeit zugetraut, ein zentral-deutsches Problem politisch richtig zu sehen und zu behandeln. Von dem Augenblick an, in dem er Präsident des Parlamentarischen Rates wurde, konnte er der Versuchung nicht widerstehen, den Willen anderer zur Gemeinschaftsarbeit für seine Ziele einzuspannen.

Das ganze Verfahren, das hier von Dr. Adenauer angewandt worden ist, wäre selbst mit dem Ausdruck "unfair" nicht hinreichend gekennzeichnet, es ist ausgesprochen unsauber. Eine Folge dieser Tatsache ist der Brief der sozialdemokratischen Fraktion an Dr. Adenauer.

Peter Raunau

Wallstreet errechnet Mehrheit für Taft-Hartley-Gesetz

sp. "US News and World Report", das Blatt der Wallstreet, hat sich von seinem Chok nach dem Wahlsieg Trumans erholt. Es ist bekannt und auch von keiner amerikanischen Stelle geleugnet worden, dass Truman seinen sensationellen Sieg vor allem der stärkeren Wahlbeteiligung der organisierten Arbeiterschaft verdankt, die damit zugleich einen Protest gegen das die Gewerkschaften diskriminierende Taft-Hartley-Gesetz ausgesprochen hat. Dem Blatt der Wallstreet wollen diese Tatsachen nicht einleuchten, denn "trotz des erstaunlichen Wahlsieges Trumans und seiner demokratischen Partei ist es interessant festzustellen, dass genügend Senatoren und Kongressleute wiedergewählt wurden, die eine Revidierung des Taft-Hartley-Gesetzes verhindern können." Demnach hätten seinerzeit 68 Senatoren gegen eine Revidierung des Gesetzes gestimmt. Heute seien im neuen Senat wieder 55 Parlamentarier, die das Gesetz stützten; zur Verhinderung einer Revision würden aber 49 genügen. Im Kongress hätten 331 Abgeordnete gegen eine Revision des Gesetzes gestimmt. Wiedergewählt seien 221 Befürworter des Gesetzes, während zur Verhinderung einer Revision 218 ausreichten. (m/2/2012/2/he)

Verantwortlich: Peter Raunau